



**Niederschrift
zur . Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am 25.06.2019
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 01 - 16 1874/2019 Installation von kostenfreiem W-LAN im Bereich der Innenstadt;
hier: Antrag Nr. XXI/2019 der UWE-Ratsfraktion
- 3 04 - 16 1892/2019 Liebfrauenschule;
hier: Erweiterung der Offenen Ganztagschule
- 4 04 - 16 1893/2019 Luitgardisschule Elten;
hier: Erweiterung der Offenen Ganztagschule
- 5 04 - 16 1900/2019 Freiwilliger Stadtzuschnitt zur Erweiterung der Brandschutzanlage in der Kindertageseinrichtung Sterntaler
- 6 06 - 16
1857/2019/1 Erlass einer Wohnraumschutzsatzung;
hier: Antrag Nr. XVII/2019 der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 7 06 - 16 1903/2019 Wohnsituation von Arbeitsmigranten aus Osteuropa
hier: 1. Sachstandsbericht der Verwaltung
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Verstärkte Kontrollen Steinstraße/Innenstadt;
hier: Mitteilung von Frau Schlitt
- 8.2 Sachstand Neumarkt;
hier: Mitteilung vom Vorsitzenden
- 8.3 Bushaltestellen Hekerenfelder Weg/Schulstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Bartels
- 8.4 Sachstand Neue Rettungswache;
hier: Anfrage von Mitglied Dr. Reintjes

- 9 Einwohnerfragestunde
- 9.1 Erlass einer Wohnraumschutzsatzung;
hier: Anfrage eines Bürgers

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Peter Hinze

Die Mitglieder

Herr Dieter Baars

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Sandra Bongers

(als Vertreterin für das verstorbene Mitglied
Hans-Guido Langer)

Herr Botho Brouwer

Herr Gerhard Gertsen

Herr Albert Jansen

Frau Irmgard Kulka

Herr Hans-Guido Langer (verst. 19.05.2019)

Herr Thomas Meschkapowitz

Herr Markus Meyer

Herr Manfred Mölder

Herr Dr. Matthias Reintjes

Frau Andrea Schaffeld

Frau Sabine Siebers

Herr Joachim Sigmund

Herr Udo Tepas

Frau Elke Trüpschuch

Herr Herbert Ulrich

von der Verwaltung

Herr Jens Bartel

Frau Nadine Bremer

Herr Sebastian Lamers

Frau Martina Lebbing

Frau Karin Schlitt

Raoul Schwarz

Herr Ulrich Siebers

Herr Tim Terhorst

Frau Nicole Hoffmann

Schriftführerin

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

2. Installation von kostenfreiem W-LAN im Bereich der Innenstadt; hier: Antrag Nr. XXI/2019 der UWE-Ratsfraktion Vorlage: 01 - 16 1874/2019

Frau Lebbing erläutert eingehend die Vorlage.

Mitglied Bartels begrüßt, dass der erste Teil des Beschlussvorschlages vollständig in die Richtung des Antrages der UWE-Ratsfraktion gehe und merkt er an, dass die Ausführungen der Vorlage aus seiner Sicht den Wunsch nach Installation eines Fördermittelmanagers bekräftigten. Mit dem zweiten Teil des Beschlussvorschlages hingegen zeige sich die UWE-Fraktion nicht mit einverstanden, da entsprechende Anträge seit 2012 existierten und die Umsetzung bislang nicht erfolgt sei. Frau Lebbing macht nochmals deutlich, dass die ursprünglich verfolgten Ziele mittlerweile in Teilen überholt und neu zu definieren seien.

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund erklärt Frau Lebbing, dass die kommunale Digitalisierungsstrategie die gesamtstädtische Ausrichtung im Bereich Digitalisierung umfasse.

Mitglied Sigmund teilt für die BGE-Fraktion mit, dass es in diesem Zusammenhang vorrangig wichtig sei, ein elektronisches Bürgerbüro und Gewerbeamt anzubieten. Nachfolgend solle dann ein öffentliches WLAN installiert werden. Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, wenn zu den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2020 eine grobe Struktur zur kommunalen Digitalisierungsstrategie vorgelegt werde.

Er stellt weiterhin die Frage, wer für die Konzepterstellung „öffentliches WLAN“ verantwortlich sein werde und wer für die entsprechenden Kosten aufkommen werde, da seiner Meinung die Konzepterstellung nicht durch die Verwaltung alleine gestemmt werden könne.

Mitglied Dr. Reintjes teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sie der Verwaltungsvorlage zustimme. Dennoch bittet er darum, die Thematik am aktuellen Stand der Technik zu diskutieren. Er stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Schaffeld teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließe.

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss

1. befürwortet –unter der Voraussetzung der noch im Detail zu prüfenden Förderkonformität- die Verwendung der zugeteilten Mittel aus dem Förderprogramm Wifi4EU für den Aufbau des „WLAN Hotspots Rathaus“

2. beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes „öffentliches WLAN“ als Baustein der kommunalen Digitalisierungsstrategie

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

3. **Liebfrauenschule;
hier: Erweiterung der Offenen Ganztagschule
Vorlage: 04 - 16 1892/2019**

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagschule der Liebfrauenschule, Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein, auf 5 Gruppen zu erweitern.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

4. **Luitgardisschule Elten;
hier: Erweiterung der Offenen Ganztagschule
Vorlage: 04 - 16 1893/2019**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Schaffeld, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagschule der Luitgardisschule Elten, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein, auf 2 Gruppen zu erweitern.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

5. **Freiwilliger Stadtzuschuss zur Erweiterung der Brandschutzanlage in der Kindertageseinrichtung Sterntaler
Vorlage: 04 - 16 1900/2019**

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag

Die Stadt Emmerich am Rhein gewährt zu den Kosten für die Erweiterung der Brandschutzanlage an den Eigentümer der Kindertageseinrichtung Sterntaler, Eheleute Herrn Dr. Dietmar Viertel und Barbara Viertel, einen freiwilligen Zuschuss. Die Höhe des Zuschusses orientiert sich an den geschätzten Gesamtkosten in Höhe 14.000 bis 18.000 €. Der Zuschuss wird nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen bis zu einer Höhe von 6.000 € ausgezahlt.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**6. Erlass einer Wohnraumschutzsatzung;
hier: Antrag Nr. XVII/2019 der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 06 - 16 1857/2019/1**

Frau Schlitt erläutert eingehend die Vorlage.

Der Vorsitzende erklärt auf die Frage des Mitgliedes Dr. Reintjes, wann zuletzt im Hinblick auf das Wohnungsaufsichtsgesetz ein Kontakt mit dem zuständigen Ministerium in Düsseldorf bestanden habe, dass sich das Ministerium sehr verwundert darüber geäußert habe, dass in Emmerich am Rhein eine Problematik mit Leiharbeitern bestehe. Auf Forderung der zuständigen Ministerin habe die Verwaltung eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Die Reaktion des Ministeriums stehe noch aus.

Mitglied Dr. Reintjes teilt mit, dass sich nach seinen neuesten Kenntnissen der AKB der Angelegenheit annehmen möchte und evtl. eine Novelle des Wohnungsaufsichtsgesetzes geplant sei. Es seien angeblich alle Kommunen im Kreis angeschrieben worden, mit der Bitte um diesbezügliche entsprechende Stellungnahme. Er bittet darum, den Beschlussvorschlag dergestalt zu ergänzen, dass das Thema nach der Sommerpause nochmals auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Mitglied Schaffeld teilt mit, dass die SPD-Fraktion Anfang des Jahres den Antrag gestellt habe, im Benehmen und gemeinsam mit anderen Kommunen voranzuschreiten und Lösungen zu erarbeiten. Die Stadt Kleve habe ihre Vorschläge zur Prüfung an den Städte- und Gemeindebund weitergeleitet. Einer Modifizierung des Beschlussvorschlages bedarf es aus ihrer Sicht nicht.

Der Vorsitzende ergänzt, dass auch die Verwaltung nach einer Lösung strebe. Die Verwaltung stehe in Kontakt mit dem Ministerium und er werde sich bei der morgigen Bürgermeisterkonferenz mit den anderen Kommunen austauschen.

Mitglied Sigmund stellt fest, dass die Politik bezüglich des Entwurfs des Handlungskonzeptes Wohnen in letzter Zeit nicht mehr involviert worden sei. Er bittet die Verwaltung, den Fraktionen den Entwurf des Handlungskonzeptes Wohnen über die Sommerpause zur Verfügung zu stellen. Ferner teilt er für die BGE-Fraktion mit, dass die gewerbliche Unterbringung von Leiharbeitern sehr wohl eine Zweckentfremdung von Wohnraum darstelle; andere Gemeinde würde ebenfalls zu diesem Schluss kommen und entsprechend.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Handlungskonzept Wohnen im Entwurf nunmehr vorliege. Die Verwaltung befinde sich derzeit in der Abstimmung; der Kreis Kleve habe unterschiedliche Handlungsfelder benannt und unterschiedliche Zahlen zitiert. Sobald Klarheit vorliege, werde man den Entwurf in den politischen Gremien diskutieren.

Mitglied Siebers kann sich der Meinung von Mitglied Sigmund hinsichtlich der Zweckentfremdung anschließen. Eine unzählige Anzahl von Menschen werde in Behausungen einquartiert, die man nicht unbedingt als Wohnung bezeichnen könne. Durch eine mögliche Gesetzesänderung könnte man eine weitere Handlungsschiene bekommen, um besser reagieren zu können.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Wohnzustände sicherlich nicht bestmöglich sind. Sollten diese den gesetzlichen Normen nicht entsprechen (Strom, Wasser, Brandschutz) schreite die Verwaltung unverzüglich ein.

Der Vorsitzende lässt über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den Tagesordnungspunkt nach der Sommerpause erneut auf die Tagesordnung setzen.

7. Wohnsituation von Arbeitsmigranten aus Osteuropa hier: 1. Sachstandsbericht der Verwaltung Vorlage: 06 - 16 1903/2019

Frau Schlitt erläutert eingehend die Vorlage.

Mitglied Bartels äußert, dass auch die Betroffenheit der Anwohner und nicht nur der Leiharbeiter nach wie vor sehr groß sei. Er bemängelt, dass es bei einigen Objekten seiner Meinung nach am Brandschutz hapere und bittet die Verwaltung um Prüfung. Ferner zieht er das Fazit, dass es sowohl gute als auch schlechte Uitzendbureaus in den Niederlanden gebe. Er vertrete die Meinung, dass im Sinne des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Lösung gefunden werden solle.

Der Vorsitzende macht anknüpfend an die Ausführungen von Frau Schlitt nochmals deutlich, dass verwaltungsseitig alles Mögliche getan werde, um die Situation der Leiharbeiter und auch der Nachbarschaft zu lösen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, wie z. B. das Bürgertelefon, der Bürgerdialog, Mängelmelder. Die Verwaltung sei jederzeit ansprechbar. Hinsichtlich des bemängelten Brandschutzes führt er aus, dass die 38 von Uitzendbureaus angemieteten oder gekauften Objekte mehrfach auch hinsichtlich des Brandschutzes besucht und untersucht worden seien. Von der Verwaltung werde also sehr viel Energie in dieses Thema gesetzt.

Mitglied Kulka nimmt Bezug auf den grenzüberschreitenden Austausch mit polnischen Generalkonsulaten. Sie sei bislang der Auffassung gewesen, dass man mit den polnischen Mitbürgern keine gravierenden Probleme mehr habe, sondern die Problematik bei rumänischen und bulgarischen Mitbürgern auszumachen sei. Der Vorsitzende macht deutlich, dass die Verwaltung vom Generalkonsulat der Republik Polen kontaktiert worden sei mit der Bitte um Austausch darüber, wie es den polnischen Landsgenossen ergeht. Daraufhin regt Mitglied Kulka an, den entsprechenden Kontakt zu den rumänischen und bulgarischen Konsulaten aufzunehmen.

Mitglied Dr. Reintjes bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage und Darstellung der Thematik. Auf Nachfrage teilt der Vorsitzende mit, dass die Termine für die nachfolgenden Bürgerdialoge in Hüthum und Elten noch koordiniert werden müssten.

Auch Mitglied Schaffeld bedankt sich bei der Verwaltung für die differenzierte Darstellung der Problematik. Es ist in keinem Fall so, dass das Problem nur verwaltet werde. Es sei begrüßenswert, dass das Problem grenzüberschreitend mit dem Ministerium angegangen wird.

Mitglied Sigmund bedankt sich für die BGE-Fraktion für die Vorlage, die bürger- nah und rechtskonform die Problematik schildert. Durch diese zusätzliche Aufga- be schätzt er die Belastung der Mitarbeiter des jeweiligen Fachbereichs als sehr hoch ein. Er bittet um Auskunft darüber, welche personellen Konsequenzen eine höhere Kontrolldichte der 38 Objekte auslösen würde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Arbeitsbelastung selbstverständlich gestiegen sei. Derzeit reagiere die Verwaltung immer dann, wenn eine Meldung eingehe. Aber auch wenn es Auffälligkeiten gebe, die die Verwaltung selber bemerkt habe, werde diesen nachgegangen.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Mitteilungen und Anfragen

8.1. Verstärkte Kontrollen Steinstraße/Innenstadt; hier: Mitteilung von Frau Schlitt

Frau Schlitt teilt mit, dass der Fachbereich 6 beauftragt worden sei, verstärkt auf der Steinstraße und der Innenstadt Kontrollen durchzuführen. Seit Februar wur- den 20 Sonderkontrollen durchgeführt und 41 Verwarngelder ausgesprochen. Es sei leider festzustellen, dass die jungen Bürgerinnen und Bürger sich unbeein- druckt von den Verwarngeldern zeigten. Unter bestimmten Voraussetzungen be- stehe die Möglichkeit der Erhöhung des Verwarngeldes; diese werde auch umge- setzt.

Zukünftig sei davon auszugehen, dass sich bei der Shisha-Bar die Lage entspan- ne, da diese mit ihrem Gewerbe an einen anderer Emmericher Standort umziehe.

Auf die Anregung von Mitglied Sigmund, die falsch geparkten Fahrzeuge abzu- schleppen, teilt der Vorsitzende mit, dass hierfür die entsprechende Rechtsgrund- lage vorhanden sein müsse.

8.2. Sachstand Neumarkt; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Versetzen des Trafos für die 28. Kalenderwo- che geplant sei.

Ferner informiert er darüber, dass alle notwendigen Verträge beim Notar unter- zeichnet worden seien. Derzeit fänden Verhandlungen mit Rohbauunternehmen statt; geplant sei, die Rohbauarbeiten der Tiefgarage und des Kellergeschosses Anfang Juli beginnen zu lassen.

**8.3. Bushaltestellen Hekerenfelder Weg/Schulstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Bartels**

Mitglied Bartels erinnert daran, dass seine Fraktion im Dezember letzten Jahres den Antrag gestellt habe, die Bushaltestellen im Bereich Hekerenfelder Weg und der Schulstraße herzustellen. Die Verwaltung habe entsprechende Erledigung zugesagt; bislang sei aber noch nichts passiert.
Der Vorsitzende erklärt, dass vor Maßnahmenbeginn zunächst der entsprechende Förderbescheid vorliegen müsse. Seines Wissens nach werde die Umsetzung zeitnah erfolgen.

**8.4. Sachstand Neue Rettungswache;
hier: Anfrage von Mitglied Dr. Reintjes**

Mitglied Dr. Reintjes teilt mit, dass der Kreis Kleve vor einigen Wochen eine Parzelle auf dem Steintorgelände erworben hat. Der Presseberichterstattung sei zu entnehmen, dass sich der Kreis Kleve unmittelbar mit der Stadt Emmerich am Rhein in Verbindung setzen wolle, um den Bau der neuen Rettungswache schnellstmöglich zu realisieren. Er bittet um Sachstandsmitteilung.

Mitglied Tropaß führt hierzu aus, dass sich seines Wissens nach auf dem geplanten Gelände der Hauptabflusskanal befinde, der die Realisierung erschwere. Der Vorsitzende regt an, mögliche weitere Fragen im nichtöffentlichen Teil zu erörtern.

9. Einwohnerfragestunde

**9.1. Erlass einer Wohnraumschutzsatzung;
hier: Anfrage eines Bürgers**

Ein Bürger meldet sich zu Wort und hat zu Top 6 „Erlass einer Wohnraumschutzsatzung“ die Frage, ob die Bewohner, die in den von den Uitzendbureaus angemieteten/gepachteten Objekten wohnen, auch offiziell angemeldet seien. Sollte die Bewohner ihrer Anmeldepflicht nicht nachkommen, wäre es ein Beherbergungsbetrieb, der umsatzsteuerpflichtig sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung dies kontinuierlich überprüfe und in Kontakt mit den Uitzendbureaus stehe. Nach dem deutschen Meldegesetz bestehe keine Pflicht zur Anmeldung unter 3 Monaten, was die Überprüfung erschwere.

Der Bürger teilt mit, dass im vergangenen Monat eine Klage beim Verwaltungsgericht Stuttgart beschieden worden sei. Es ginge um massive Lärmbelästigungen, nächtliches Grillen und lautes Telefonieren, wovon sich zwei Bewohnerinnen belästigt gefühlt hätten; der Klage sei stattgegeben worden.

Der Vorsitzende sagt Prüfung zu.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:58 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 22. Juli 2019

Peter Hinze
Vorsitzender

Nicole Hoffmann
Schriftführer/in